Grüne BaupolitikerInnen tagen gemeinsam zum Klimaschutz in Bremen

Die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Planen, Bauen, Wohnen haben jüngst in der Hansestadt getagt. Im Mittelpunkt des zweitägigen Treffens in der Überseestadt stand dabei die Frage, wie die Herausforderungen des Klimawandels in der Stadtentwicklungspolitik berücksichtigt werden müssen. WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen hielten Impulsreferate.

Keine Toleranz bei Korruption

Die Grünen wollen die schwarzen Schafe von den saftigen Wiesen öffentlicher Aufträge vertreiben. Dabei sollen auch die Bremischen Gesellschaften einbezogen werden.

Korrupte Machenschaften schaden erheblich den öffentlichen Haushalten und damit den BürgerInnen. Den Schaden haben aber auch die ehrlichen Unternehmen und ihre Beschäftigten. Zudem untergräbt Korruption das Vertrauen der Menschen in den Staat. Die Grünen wollen nach dem von ihnen aufgedeckten Klinik-Skandal zusammen mit ihrer Koalitionspartnerin ein Gesetz zur Korruptionsbekämpfung verabschieden. Kernstück ist ein Register, das korrupte Firmen auflistet. „Diese Unternehmen schließen wir von der öffentlichen Auftragsvergabe aus. Das Korruptionsregister dient der Vorbeugung: Firmen erhalten das deutliche Signal, dass wir in Bremen keine Korruption dulden“, erläutert der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Im Korruptionsregister sollen für einen bestimmten Zeitraum jene Unternehmen erfasst werden, gegen die eine Anklage wegen Bestechung zugelassen wurde. Sie erhalten die Möglichkeit, die Vorwürfe zu entkräften. Ab einer Auftragshöhe von 20.000 Euro sollen die Behörden verpflichtet sein, Informationen aus dem Register abzurufen.

In Bremen gelten zwar schon Verwaltungsvorschriften, die das Vier-Augen-Prinzip bei größeren Auftragsvergaben und das Rotationsprinzip der zuständigen MitarbeiterInnen vorschreiben. „Bei vielen der 276 Bremischen Gesellschaften wird das jedoch noch nicht umgesetzt. Das wollen wir ändern. Bei der Korruptionsbekämpfung wollen wir auch die Gesellschaften einbeziehen“, so Björn Fecker. Der Bürgerschaftsabgeordnete spricht sich darüber hinaus für die Meldepflicht von Unternehmen aus, die durch Korruption aufgefallen sind. Wegen der bislang fehlenden Meldepflicht sind im Informationsregister der Zentralen Anti-Korruptionsstelle bisher nicht mal jene Firmen eingetragen, die im Zuge des Klinik-Skandals vor Gericht gelandet sind.

Unabhängige Beratung für VerbraucherInnen gestärkt

Die Mittel der Verbraucherzentrale sollen aufgestockt werden, damit sie den im Zuge der Finanzmarktkrise gestiegenen Beratungsbedarf der BremerInnen bewältigen kann. Das hat der Landtag auf grüne Initiative beschlossen. Der Senat soll die Banken dazu bewegen, sich über einen Fonds an den Kosten zu beteiligen. Schließlich geht‘s darum, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. „Wir dürfen die KleinanlegerInnen jetzt nicht allein lassen, die beispielsweise in ihre Altersvorsorge investiert haben. Die Menschen sind verunsichert. Deshalb ist es erforderlich, die unabhängige Finanzberatung für die BremerInnen zu stärken“, so die verbraucherschutzpolitische Sprecherin Karin Mathes.

„Es gab keine Grenzen mehr. Die Nazis konnten machen, was sie wollten. Jeder Begriff von Moral wurde ermordet“, so Anita Lasker-Wallfisch (li.), eine der letzten Überlebenden des Mädchenorchesters von Auschwitz, bei der diesjährigen Gedenkstunde für die Opfer der Reichspogromnacht. Mehr dazu findet sich unter ‚Berichte‘ auf www.gruene-fraktion-bremen.de.

Studiengebühren ganz abschaffen

Studiengebühren grenzen aus. Sie schrecken gerade Frauen und junge Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien ab, wie aus der jüngst veröffentlichten Studie des Hochschul-Informations-Systems hervorgeht. „Angesichts des Fachkräfte- und AkademikerInnenmangels ist das ein Alarmsignal. Die Hürden vor der Hörsaal-Tür müssen abgeräumt werden. Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern sind nach wie vor Exoten auf dem Campus.

Um diese soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen, gehören Studiengebühren abgeschafft. Denn sie haben fatale individuelle und volkswirtschaftliche Folgen. Die StudienanfängerInnen-Quote liegt hierzulande weit unter dem EU-Durchschnitt. Wir brauchen nicht weniger, sondern viel mehr Studierende“, betont Silvia Schön. Die wissenschaftspolitische Sprecherin der Grünen spricht sich deshalb dafür aus, auch die Bremer Landeskinderregelung abzuschaffen.

Nach dieser Regelung sollen jene Studierenden Gebühren ab dem 3. Semester zahlen, die ihren Wohnsitz nicht im Land Bremen haben. Nach einem Eilentscheid des Verwaltungsgerichtes wurde auf die weitere Erhebung der Gebühren erstmal verzichtet. Endgültig soll nun das Bundesverfassungsgericht entscheiden. „Die Regelung sollte schnell ganz begraben werden. Das wäre ein gutes Signal für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und spart nicht zuletzt Prozesskosten“, erklärt Silvia Schön.

service & impressum

Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
e-mail: fraktion@gruene-bremen.de
internet www.gruene-fraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.: Matthias Makosch
Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20
28195 Bremen

Gestaltung Designbüro Möhlenkamp
Relaunch + Satz Thomas Kollande

Texte Matthias Makosch

Fotos Deutscher Tierschutzbund, Rossukhon Juan-sang, Matthias Makosch

Druck: Geffken & Köllner, Bremen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Nr. 30 · Dezember 2008

grün: journal

grün: inhalt

25 Jahre Fraktion Seite 2
Seit 25 Jahren engagiert sich die grüne Fraktion für Bremen.

Keine Korruption Seite 4
Die Korruptionsbekämpfung soll ausgeweitet werden.

Freies Studium Seite 4
Die Grünen wollen die Landeskinderregelung aufheben.

grün:Aktion

Ein Jahr nach dem Rammschlag für die neue Kaiserschleuse hat sich die Bürgerschaftsfraktion der Grünen auf der Großbaustelle in Bremerhaven über den Fortschritt informiert. Mit dem über 230 Millionen Euro teuren Bauwerk soll der größte Umschlaghafen für Automobile von und nach Übersee zukunftsfähig gemacht und Bremerhavens Position als führende Drehscheibe gefestigt werden. Die Investition dient zugleich dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Mehr dazu unter ‚Berichte‘ auf www.gruene-fraktion-bremen.de.

grüne ecke

Grüne sind Evergreen

Seit einem Vierteljahrhundert wirken die Grünen als Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Ihre Themen wie Klimaschutz und Anti-Atomkraft sind heute so aktuell wie damals. Die Grünen sind eben ein echter Evergreen . . .

Die Affenversuche an der Universität Bremen halten die Grünen aus ethischen Gründen für unvertretbar.

Schluss mit den Affenversuchen!

Das Europaparlament bezweifelt den Nutzen von Primatenversuchen. Auch Forscher hierzulande müssen akzeptieren, dass durch den Tierschutz-Paragraphen im Grundgesetz höhere Anforderungen an die ethische Vertretbarkeit gelten.

Sie sind lernfähig, leicht dressierbar, dem Menschen sehr ähnlich: Makaken sind aus Sicht von Wissenschaftlern ‚ideale‘ Versuchstiere, das ist ihr Schicksal. Ins Hirn gebohrte Sonden, stundenlang an den Primatenstuhl festgebunden, Flüssigkeitsentzug zum Gefügigmachen für die Experimente – so sehen diese Affenversuche an der Bremer Uni aus. Neuerdings soll am Ende vielleicht ein Ansatz herausspringen, Hirnleiden wie Epilepsie besser in den Griff zu bekommen. Oder eben auch nicht, weil sich das bei Grundlagenforschung per se nie sagen lässt. Sind die Versuche ethisch vertretbar? Die Grünen meinen: Nein – wie über 80.000 BremerInnen, die mehrere BürgerInnenanträge unterzeichnet haben. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Gesundheitsbehörde, die den Antrag auf eine weitere Genehmigung der Makakenversuche nach unabhängiger und eingehender Prüfung abgelehnt hat. Die Uni hat alle rechtlichen Möglichkeiten, gegen den Bescheid vorzugehen.

Nun sind Kognitionsforscher und Wissenschaftsfunktionäre auf der Palme. Sie sehen darin einen unzulässigen Eingriff in die Forschungsfreiheit. Schon wird mit dem pauschalen Entzug von Drittmitteln und dem Rauswurf aus der Deutschen Forschungsgemeinschaft gedroht. Für die Grünen sind diese aufgeregten Stimmen völlig fehl am Platz. „Wir achten die Forschungsfreiheit als hohes Gut. Für uns sind die Affenversuche aber ein Grenzfall, den wir aus ethischen Gründen nicht für vertretbar halten. Das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz begrenzt die Forschungsfreiheit. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund schwere Leiden oder Schäden zufügen. Diese Regelung stellt höhere Anforderungen an die ethische Vertretbarkeit von Tierversuchen. Daher können die Affenversuche auch nicht mehr mit Begründungen genehmigt werden, die quasi seit zehn Jahren unverändert sind. Vielmehr ist eine umfassende Neubewertung nötig. Weil bei Grundlagenforschung der medizinische Nutzen nie planbar ist, muss die Abwägung viel strenger sein, wofür Affenversuche eingesetzt werden. Das ist der Kern der Debatte. Wer einfach die Forschungsfreiheit gegen den Tierschutz ausspielen will, macht sich unglaubwürdig“, so Silvia Schön.

Die wissenschaftspolitische Sprecherin der Grünen verweist darauf, dass auch das Europaparlament ethische Bedenken gegen Affenversuche hat. Begründung: Primaten können in Gefangenschaft sehr leiden. Trotz genetischer Ähnlichkeiten sind Ergebnisse von Primaten-Studien nicht eins zu eins auf Menschen übertragbar. Das EU-Parlament hat darum nach einer ExpertInnen-Anhörung gefordert, Affenversuche einzustellen und durch Alternativmethoden zu ersetzen. „Die Forschung mit Ersatzmethoden ist zukunftstauglich. Insofern sind jene Stimmen unverständlich, die durch den Ausstieg aus den Affenversuchen den Wissenschaftsstandort gefährdet sehen. Bremen hat mehr zu bieten, als mit Primatenversuchen zu werben“, betont Silvia Schön.

journal11-a.indd 1 03.12.2008 18:29:52

grün:aktuell

Gastkommentar

Wir sind Wahlverwandte

Jahresfeiern sind immer Anlass zum Räsonieren und Planen. Vor 25 Jahren war ich noch nicht 25, aber schon vertraut mit marxistischer Analyse, erlernt bei Menschen, die Grüne wurden und mit denen so mancher Landausflug nach Kalkar, Brokdorf oder Gorleben unternommen wurde. Politik, Selbstversuch, Wohngemeinschaft und Bewusstseinserweiterung waren eine angemessene Aufgabenstellung für die Zukunft unlimited. Aber das wollen wir jetzt nicht vertiefen – ich denke da eher an die Wahlverwandtschaft zwischen der bremer shakespeare company und Euch. Wir teilen die gleiche Herkunft aus den Aufbruchsbewegungen. Da mache ich gleich einen Sprung in die Ampelkoalition, ins Jahr 1993. Wir hatten eine grüne Kultursenatorin, Helga Trüpel, mit dem Blick für das, was sich an kulturellen Qualitäten in der Stadt verändert hatte. Sie hat Akzente gesetzt. Das war für einige Einrichtungen ein weitsichtiger Vorschuss für die Zukunft. Die institutionelle Förderung, das ist für uns, das Lagerhaus, die Kammerphilharmonie, den Schlachthof, für die gesamte freie Szene überhaupt die Möglichkeit, ein 25-jähriges erfolgreiches Bestehen zu feiern. Diese Einrichtungen sind aus den Bewegungen entstanden, die etwas bewirkt haben. Bewegungen, die neue Qualitäten anzubieten hatten in ihren Analysen und Umsetzungen. Für die company war das immer der Versuch, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind – das alles im Ensemble mit Menschen zwischen den Generationen 68 und Golf, aus Ost und West, mit einem Gespür für das Neue, erprobt im Dagegensein und neugierig etwas zu entdecken, für das man sich einsetzt. Das gesellschaftlich-politische Umfeld heute ist zwar vielschichtiger, atomisiert. Aber ist es besser? In der Teilhabe an der Regierung, mit der gewissen Bestandssicherung und dem Rückhalt des Publikums ist allerhand anzustellen, von dem ich glaube, wir sollten noch mehr auf die Beine stellen. Da ist für mich die Schlüsselaufgabe der Kultur: Dreh- und Angelpunkte in Gedanken, die Entdeckung des Außer-Ordentlichen, Komplexes verstehen und Metaphern finden, fremde Rollen verstehen und einnehmen. Da könnten alle Künstler und Kultureinrichtungen noch mehr Rückenwind gebrauchen. Helft uns weiterhin dabei, Bremen zur Kulturstadt zu machen!

Renate Heitmann (bremer shakespeare company)

Öko zum Topthema gemacht

Die Grünen engagieren sich seit 25 Jahren im Parlament für Bremen. In der Opposition waren sie die treibende Kraft bei der Aufklärung von Missständen. In der Regierung sind sie der Anwalt für die Umwelt und mehr Demokratie.

Wir sind eine normale Fraktion geworden. Aber wir sind immer noch komplett anders als alle anderen Fraktionen in Bremen“, so Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner bei seiner Begrüßung zur 25-Jahr-Feier im Weserhaus von Radio Bremen. Über 200 Gäste aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Kirche und Medien waren der Einladung gefolgt, um zusammen mit den Grünen zu feiern.

Von den etablierten Parteien argwöhnisch beäugt, sind die Grünen vor einem Vierteljahrhundert erstmals mit Blumen und einem Sack voller Ideale in die Bremische Bürgerschaft eingezogen. Heute stehen sie mit dem besten Ergebnis bei einer Landtagswahl zum zweiten Mal in Regierungsverantwortung. Dazwischen liegen Veränderungen und Beständigkeit. Bremen wurde keine freie Flüchtlingsstadt, drei Müllbroschüren haben die Welt nicht verändert, für jeden Quadratmeter neue Straße werden auch heute im Gegenzug keine zwei Quadratmeter entsiegelt. Und den zunächst als kulturlos verteufelten Computer nutzen inzwischen alle Abgeordneten und MitarbeiterInnen.

Unverändert geblieben sind Grundüberzeugungen: Eine sozial gerechte Gesellschaft gehört ebenso dazu wie mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten, die Gleichstellung von Frau und Mann sowie der Schutz von BürgerInnenrechten. Und nicht zuletzt die Überzeugung, dass Umweltschutz sich rechnet, Umweltzerstörung und ein fortschreitender Klimawandel hingegen unbezahlbar sind.

Diese Erkenntnis setzt sich dank des politischen Klimawechsels, für den die Grünen gesorgt haben, langsam durch. „Wir Grünen haben es geschafft, Umweltfragen in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Diskussion zu rücken. Darauf sollten wir stolz sein. Selbst Automobilhersteller loben sich heute für ihre Hybridtechnik“, bilanzierte Finanzsenatorin Karoline Linnert in ihrem Redebeitrag.

Mit der zweiten Regierungsbeteiligung der Bremer Grünen ist die ökologische Frage nun im Zentrum der Politik angekommen. Beim ersten Mal in der Ampel-Koalition führte sie noch zum Bruch - wegen der sogenannten ‚Piepmatz-Affäre‘. Die Grünen hatten die Bebauung der Hemelinger Marsch durch ihr Veto verhindert. Die FDP verließ den Senat und stellte einen Abwahlantrag gegen Umweltsenator Ralf Fücks, weil der angeblich einen Teil der Marsch ohne Zustimmung des Senats als schützenswertes Flora-Fauna-Habitat bei der EU gemeldet hatte. „Unser Credo war immer, dass Ökologie und Ökonomie vereinbar sind. An dieser Frage ist die Ampel-Koalition gescheitert“, so die vormalige Senatorin und heutige Europaabgeordnete Helga Trüpel.

> „Wir Grünen haben es geschafft, Umweltfragen in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Diskussion zu rücken. Darauf sollten wir stolz sein“.
>
> KAROLINE LINNERT

Manche Positionen sind indes auch modifiziert worden. „In meiner politischen Biographie ist die Zeit in der Bürgerschaft am wichtigsten gewesen wegen des Krieges in Jugoslawien. Der hat mein Weltbild auf den Kopf gestellt. Die Erfahrungen in Bosnien haben mir gezeigt, dass es richtig sein kann, Menschen militärisch zu schützen“, erläuterte die ehemalige Migrationsbeauftragte der Bundesregierung und derzeitige Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck.

Positives gewinnt Reinhard Bütikofer, vormaliger Bundesvorsitzender der Grünen, dem Wandel bei grünen Positionen ab: „Ich habe es immer als Stärke in der jungen Geschichte der Grünen empfunden, dass wir Dinge aus anderen politischen Traditionssträngen aufgenommen haben und durch diese Mischung auf der Höhe der Zeit bleiben. Das Erstaunliche ist, dass aus dem bunten Haufen des Anfangs eine normale Partei mit wiedererkennbarem Profil geworden ist.“ Er bescheinigte den Bremer Grünen, stets etwas voraus zu sein. „Ihr habt Dummheiten früher unterlassen – etwa als Christine Bernbacher das Rotationsprinzip ausgesetzt hat“, so Reinhard Bütikofer.

Frühere und derzeitige Fraktionsvorstände haben bei der 25-Jahr-Feier im Weserhaus von Radio Bremen die mit einem Windrad und einer Sonnenblume dekorierte Jubiläumstorte angeschnitten (v.l.): Dieter Mützelburg, Karoline Linnert, Helga Trüpel, Christine Bernbacher, Peter Willers, Matthias Güldner und Anja Stahmann.

Karin Krusche, kultur- und baupolitische Sprecherin, im Gespräch mit Bernd Gosau.

Reinhard Bütikofer, vormaliger Bundesvorsitzender der Grünen, bei seiner Jubiläumsansprache.

Plausch am Klavier: Die stellvertretende Senatssprecherin Dagmar Bleiker (l.) unterhält sich unter anderem mit Anja Blumenberg vom Sozialzentrum Gröpelingen.

Die vormalige Kultursenatorin und heutige Europaabgeordnete Helga Trüpel mit einer Shakespeare-Büste.

Landesvorsitzende Susann Mittrenga (r.) mit Gästen im angeregten Austausch über Handys.